

Die „Freiheit“ erscheint morgens und nachmittags, am Sonntage und Festtagen nur morgens. Der Bezugspreis beträgt bei jeder Zustellung von Haus für Haus Berlin 4.- M., bei jedem Postbezug monatlich 4.25 M., bei Zustellung unter Freihand ins Deutsche Reich 6.50 M., ins Ausland 7.50 M., per Brief 12.50 M.

Redaktion und Expedition: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 III. Fernsprecher: Amt Norden 2805 und 2896.

Preis des Abonnementes: Vierteljahr 1.20 M., halbes Jahr 2.20 M., ein Jahr 4.00 M., bei Familien- u. Vereinstarifen ermäßigt. In der Ausgabe vom 1. Januar 1920 sind die Preise für den darauffolgenden Tag erhöht. (Schluss bis 3 Uhr nachmittags bei der Expedition aufzugeben sein.)

Verlags-Abteilung: Berlin NW. 6, Schiffbauerdamm 19 Fernsprecher: Amt Norden 9768

# Freiheit

## Berliner Organ

### der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

#### Von Gotha bis Leipzig.

Von Ernst Däumig.

Mitten in die Gründungszeitung der U. S. D. in Gotha hinein klang die Kunde der russischen Revolution. Durch die Weichen der Klassenkämpfe, unter dem Kriegszwang knirschender deutscher Arbeiterkraft ging ein Aufbruch ein. Überall empfand man die Erhebung des russischen Volkes als die erste Auflehnung gegen das imperialistische Kriegsweltverbrechen. Aber es waren nur wenige die damals in Gotha auf den Gedanken kamen, daß auch einmal für die deutsche Arbeiterklasse die Stunde der Revolution schlagen könnte. Dazu gehörte sich der deutsche Imperialismus noch zu selbstbewußt und siegesstolz, obgleich ihm der Tod schon im Verborgenen die militärische, systematische Volkserziehung, die nationalitätliche Verlogenheit und Denkschwäche beherrschten. Damals noch zu sehr die Massen, als daß man an die greifbare Möglichkeit einer revolutionären Erhebung denken konnte. Immerhin bildeten die revolutionären Vorgänge in Russland für die Genossen, denen schon damals klar war, daß dem Weltkrieg eine Weltrevolution folgen werde, das Bewußtsein, nach dem sie sich im Auf und Wieder der folgenden Kriegsergebnisse orientierten. Im ganzen trat aber für die Unabhängige Partei noch lange nicht die Notwendigkeit ein, sich klar und unmissverständlich für den revolutionären Kampf, den reformistischen Sozialismus zu entscheiden. Sie blieb fast zwei Jahre lang eine reine Oppositionspartei. Sie kämpfte mit aller Entschiedenheit gegen die Kriegskredite und die imperialistischen Tendenzen, in erster Linie aber gegen die alte Partei, die unter sozialdemokratischer Flagge gegen die deutsche Proletariat an den Wagen des imperialistischen Kriegsweltverbrechens spannte.

Auf die Einzelheiten dieses Kampfes vom April 1917 bis November 1918 einzugehen, ist hier nicht der Raum. Wichtig ist der Kampf dieser Partei nicht geworden. Sie wurde nicht allein von der gesamten bürgerlichen Welt, sondern ganz besonders von der Sozialdemokratischen Partei und der Gewerkschaftsbürokratie mit dem Odium des Vaterlandsverrats belastet. Ihre Stelle wurde von der Militärdiktatur ganz besonders geschmälert, ihre Anhänger, soweit sie noch dienstfähig waren, wurden in Tausenden von Fällen aus rein politischen Gründen in die Schützengräben oder in die militärischen Drillanstalten geschickt. Das letzte aber in die militärischen Drillanstalten geschickt. Das letzte aber ganz besonders der Fall, als mit dem Jahre 1917 die ersten Streikbewegungen einsetzten. Das Wüten der Militärdiktatur fand damals die begeisterte Unterstützung der rechtssozialistischen Parteigrößen und der Gewerkschaftsbürokratie.

Auf parlamentarischen Boden betätigte sich die Unabhängige Partei damals unter Führung Goates durch die nachdrücklichste Vertretung des Friedensgedankens und durch die Weigerung der unzähligen Kriegsverweigerer und Kriegsdienstverweigerer der U. S. D. aus allen Bevölkerungsschichten. Über das Material zugeht, weil sie als einzige kriegswirtschaftliche Oppositionspartei den Betroffenen und Gedrückten gegenüber einflößte. Die unabhängige Fraktion war es, die damals in der schärfsten Form gegen das Militärregiment Stellung nahm, das durch die Mitwirkung der Gewerkschaftsbürokratie die Arbeiterkraft in den Dienst der Kriegswirtschaft zwang.

Das Jahr 1917 ließ die Unabhängige Partei auch als internationalen Faktor in Erscheinung treten. Auf der Stockholm-Konferenz trat sie als Anführerin gegen die deutschen Sozialisten auf. Das Friedensprogramm der Unabhängigen Partei unterschied sich vorteilhaft von dem Programm der Sozialisten, das von Anfang bis zu Ende von imperialistischen Gedankengängen durchweht war. Ende von imperialistischen Gedankengängen durchweht war. Ende von imperialistischen Gedankengängen durchweht war. Ende von imperialistischen Gedankengängen durchweht war. Ende von imperialistischen Gedankengängen durchweht war.

Die objektiven Wirkungen der letzten Kriegsjahre waren zweifellos dazu angetan gewesen, der Unabhängigen Sozialdemokratie große Anhängerzahlen zuzuführen. Die Entbehrungen wurden immer größer, die Zahl der Familien, die Verluste zu belegen hatten, schloß immer mehr an. Von dem Kriegserfolg der ersten Jahre war nichts mehr zu hören. Widerstandsmomente gegen die Militärdiktatur

#### Nostes Aufstieg.

##### Er hat sich nicht gedrängt!

##### Einige Fragen an Herrn Noske.

Auf der Agitationskonferenz der rechtssozialistischen Parteifunktionäre, die am 21. Dezember in Berlin stattfand, mußte sich Herr Noske gegen Angriffe verteidigen, die einige unzufriedene Genossen, denen Herrn Noskes Treiben denn doch gar zu unerschrocken, voranzubringen. Er tat das mit der bei ihm üblichen Selbstverständlichkeit der Vernachlässigung aller erforderlichen Bescheidenheit und erhielt das ebenso selbstverständliche Vertrauensvotum. Das kann uns nur recht sein, denn es zeigt uns, wie entfernt die Rechtssozialisten noch immer von jeder politischen Einsicht und von jedem sozialistischen Denken sind. Aber auf eine Gelegenheit muß zurückgegriffen werden. Herr Noske hat nämlich im Laufe dieser Debatte erklärt, daß er sich zu seinem Votum nicht gedrängt habe, sondern zur Übernahme gezwungen worden sei. Von einem Parteigenossen, der über die Vorgänge beim Amtsantritt des Herrn Noske genauer informiert ist, als wir man nach diesen Nachrichten annehmen sollte, Herr Noske selbst, werden in dieser Angelegenheit folgende Fragen an Herrn Noske gerichtet:

1. Ist es richtig, daß Herr Noske von Sieb und im Gegensatz zu allen anderen führenden Parteigenossen der Rechtssozialisten sich in ständigster Verbindung mit der Reichsfinanz, Herrn Ober, Herrn Schwedemann und Herrn Landsherg hielt?
2. Ist es richtig, daß Herr Noske im Dezember 1918 fast täglich die Reichsfinanz an einzelnen Tagen sogar zweimal und in Gesprächen mit den Mitgliedern der Reichsfinanz ständig betonte, daß es notwendig sei, in Berlin endlich Ordnung zu schaffen?
3. Ist es richtig, daß Herr Noske im Verlauf dieser Gespräche allmählich immer deutlicher sich absetzte als denjenigen, der in Berlin Ordnung schaffen wollte?
4. Ist es richtig, daß Herr Noske sich bereit erklärte, mit 10 000 Mann der Eisernen Division nach Berlin zu kommen, um ein für allemal allen „parteilichen“ Zuständen ein Ende zu bereiten?
5. Ist es richtig, daß von Mitte Dezember an Herr Noske diese Aufträge ständig wiederholt hat?
6. Ist es richtig, daß Herr Noske sein „Angebot“ schließlich zu der Drohung veränderte, wenn nun nicht bald Ordnung werde, so werde er auch ungefragt und ungerufen mit seinen 10 000 Mann nach Berlin kommen?
7. Ist es richtig, daß Herr Noske nach dem ersten Kärntner in seinen telegraphischen Befehlen ständig verlangte, daß man die unabhängigen Volksbeauftragten aus der Regierung entfernen müsse?
8. Ist es richtig, daß die Volksbeauftragten hasserfüllt

waren, als Herr Noske schließlich kaum 1000 Mann zur Verfügung hatte, als man ihn rief?  
und 2. Ist es richtig, daß Noske die Reichsfinanz seiner Partei genossen, die mehrheitlich sozialistischen Arbeiter zur Abwehr aufzurufen, als Hilfe und es für seine Aufgabe erklärte, mit Hilfe der vorhandenen reaktionären Offiziere die Schussgarde der Regierung zu bilden und sich dieser Aufgabe mit einem Glanz und einer Begeisterung unterzogen, die seinen der Beteiligten absehbare, daß man den armen Herrn Noske zur Übernahme des Postens „gezwungen“ habe?

Aus rechtssozialistischen Kreisen erhalten wir folgende Zuschrift:

In Nr. 625 Ihres Blattes veröffentlichte Sie auf der Grundlage eines „Vorwärts“-Berichts eine Besprechung über die Agitationskonferenz der U. S. D., die, weil der Vorwärts-Bericht nicht wahrheitsgemäß ist, den Tatsachen auch nicht entsprechen kann.

Als Teilnehmer der Konferenz gestatten Sie mir dazu einige Worte. Genosse Unterhansschreiber Schulz unternahm es, trotzdem er erklärte mit Noske noch nicht länger als 5 Minuten privatim gesprochen zu haben, auf ihn ein derartiges Loblied zu singen, daß jedem kritischen Zuhörer Angst und Bange werden mußte. Danach folgte eine außerordentlich parteilich gefärbte Besprechungsleitung seitens des Genossen Krüger ein, der von vornherein erklärte, keinem Diskussionsredner länger als zehn Minuten Redezeit zubilligen zu können. Das hinderte ihn aber nicht, dem „Genossen“ Noske jedesmal je eine Stunde Redezeit zu geben, während er allen anderen glaubte das Wort so weit als irgend möglich beschränken zu müssen. Wahrheitsgemäß ist ferner auszustellen, daß bei den Angriffen der Genossen Dr. Noell und Dr. Casparich sich eine starke Animosität gegen Noske bemerkbar machte, die sich bei den genau substantiierten Beweisen des Genossen Kieckhafer in einer Flut von Zwischenrufen gegen das System Noske ergaben. In seiner allgeringsten Reaktion glaubte Noske die sachlich bemittelten Angriffe in persönlich außerordentlich gehässiger Weise gegen seine Gegner auszufluchen zu müssen, was bei jedem kritischen Beobachter die Ueberzeugung hervorrief, daß das System nicht richtig sei. Jedenfalls herrschte bei einer solchen Widertheit die Ueberzeugung, daß Noske im Interesse der Gesamtheit besser wäre, seinen Posten zu verlassen.

Nur die parteiliche Geschäftsführung des Vorhandenen ermöglicht es, daß der Wille der Versammlung nicht so zum Ausdruck kam, wie es tatsächlich der Stimmung der Versammlung entsprach.

Sie werden verstehen, daß der Schreiber dieses seinen Namen Ihnen nicht bekannt geben darf, nicht zuletzt deshalb, weil er die Politik der U. S. D. für richtiger hält als die Ihre. Das System der Parteipäpste ist es, das angegriffen werden muß.

der U. S. D. in geringen Grenzen. Die Angst vor der Machtergreifung, vor der gesellschaftlichen Achtung war zu groß. Als aber die Oktober- und Novembertage des Jahres 1917 ins Land kamen, und die Kunde zu uns drang, daß jetzt das russische Proletariat die Führung der Revolution im ehemaligen Zarenreiche an sich gerissen haben, daß Russland Räterepublik geworden sei, da erhielt auch das revolutionäre Denken und Fühlen der kleinen Schaar kämpfbereiter und Klassenbewußter Arbeiter, die in der U. S. D. organisiert waren, neuen Antrieb. Es kam die Erhebung der österreichischen Arbeiter, es folgte in Deutschland die große Streikbewegung im Januar 1918. Zwar wurde auch sie mit allen Mitteln der Militärdiktatur unterdrückt, aber der revolutionäre Gedanke war nun einmal in einem Teil der Parteigenossen lebendig geworden. In den Vertriebenen gingen von jetzt an revolutionäre Ziele an die Arbeit. Immer mehr begann man zu ahnen, daß die deutsche Kriegsmaschine am Ende ihrer Leistungsfähigkeit angelangt sei. Das ganze Jahr 1918 hindurch hatten die revolutionär gerichteten Parteigenossen schwere und gefährliche Arbeit zu leisten und die Arbeiterkräfte aufzuklären, auf den kommenden Zusammenbruch einzustellen.

Die Zahl der organisierten Mitglieder betrug damals höchstens 60 000, die finanziellen Mittel der Partei waren äußerst bescheiden. Die Verfolgungen wurden immer härter und kosteten unter anderem einigen tapferen sich zur Partei bekennenden Freiheitskämpfern in der Marine das Leben. Der jene Tage amovierten Parteiarbeit mit

durchlebt hat, weiß eher, daß innerhalb unserer Partei neben den revolutionären Tendenzen auch eine ganze Menge traditioneller, reformistischer Anschauungen einhergingen, daß gar mancher unserer Parteigenossen die Tätigkeit der Organisation ganz nach der alten Schablone ausübte, weil er nicht an die Möglichkeit einer deutschen Revolution glaubte.

Die Dinge gingen aber ihren unerwarteten Gang. Auch in Deutschland erwachte aus dem Schlafe die Revolution. Der Novemberzusammenbruch stellte unsere Partei in den Vordergrund der revolutionären Ereignisse. Nach meiner Ueberzeugung war es ein großer Fehler, daß man am 9. November 1918 das Regierungsexperiment einer Koalition mit den Kriegsozialisten einging. In revolutionären Zeiten sollten sich Reformsozialismus und revolutionärer Sozialismus nicht unter ein Dach bringen. Die Ereignisse haben dieser Grundregel recht gegeben. Es ist nicht das Verdulden von Verleuten, wenn die Koalition so schnell in die Brüche ging, sondern es liegt im Wesen der Sache begründet, daß der Reformsozialismus zu einem Selbsthelfer des Kapitalismus und der Bourgeoisie wird, und daß ein Zusammenarbeiten von Reformsozialisten und ehrlichen Revolutionären auf die Dauer unzulässig ist.

In den ersten Revolutionsmonaten tobte in unserer Partei auch der Meinungskampf zwischen alten Parteitraditionen und neuen revolutionären Gedanken. Die Frage: Nationalversammlung oder Räterepublik? die darauf drückte, ob das neue Deutschland als demokratische oder

berühmte Herrschaft aufgebaut werden sollte, ließ die Gemüter oft hart aneinander prallen. Der Nationalversammlungsgedanke blieb Sieger. Aber dem demokratischen Bewußtsein, der auch viele Köpfe in unseren Reihen verwirrt hatte, folgte sehr bald die Ernüchterung. Die Klassenbewußten Protestanten haben sehr bald, daß mit der Nationalversammlung und der aus ihr herauswachsenden parlamentarischen Regierung für den Sozialismus nichts gewonnen sei. Sie sahen auch, daß das geistige Mißverhältnis der Partei, das „Erfrüher Programm“, den Anforderungen der sozialen Revolution nicht mehr genügte. Und so kam, mitten in dem Sturm der großen Generalstreikbewegung des März der Parteitag in Berlin zustande. Das hier geschaffene Aktionsprogramm zeigt noch deutlich das lebendige sozialdemokratische Anschauen, wie sie besonders in der Forderung, die Räte in der bürgerlich-demokratischen Verfassung zu verankern, zum Ausdruck kommen. Die Märztagung brachte wohl ein platonisches Bekenntnis zur Diktatur und zum Klassenkampf, dem aber in der Praxis bei vielen führenden Parteigenossen die noch immer lebendige Hoffnung gegenüberstand, doch wieder einmal ein sozialistisches Koalitionsministerium bilden zu können. Die folgenden Monate zeigten, daß das sogenannte revolutionäre Programm vom März den Notwendigkeiten des veränderten Klassenkampfes und den sozialen Forderungen der währenden Zeit nicht entsprach. Und da hier und da, so zum Beispiel in Schweden, der Gedanke des Ministerialismus noch immer in einzelnen Köpfen lebte, und da andererseits die regierungsozialistische Partei immer mehr zur Bevormoderin am Sozialismus wurde, war es unbedingt notwendig, die Unabhängige Partei mit größerer Schärfe als die Vertreterin des Sozialismus hinzustellen und ihrer Forderung eine feste und konsequente Grundlage zu geben. In dieser Absicht sind wir nach Leipzig gegangen; diese Aufgabe ist in Leipzig verwirklicht worden. Wenn von dem Ergebnis der Leipziger Tagung eine Anzahl Genossen nicht befriedigt sind, so ist das in der Hauptsache darauf zurückzuführen, daß auch heute noch gewisse opportunistisch-reformistische Gedankengänge in manchen Köpfen vorhanden sind. Jetzt handelt es sich aber darum, daß die unabhängige Partei sich nicht bloß eine revolutionäre Partei nennt und mit einem revolutionären Programm paradiert, sondern ohne ängstliche Vorbehalte im marxistisch-revolutionären Sinne handelt.

## Demokratie in England und in Deutschland.

Die englische Regierung arbeitet in Irland, wie die englische radikal-liberale Presse sich ausdrückt, durchaus nach den Methoden des Generalis Ludendorff. Unter dem Belagerungsbesatz (der Defence of Ireland Act) wirtschaften die Militärs nach eigenem Gutdünken, und die Zivilbehörden sind kollapsiert. Sie dürfen die Handlungen der Generale nachträglich gutheißen, und selbst der im Ministerium sitzende Chefsekretär für Irland erfährt von den Vorgängen und Maßnahmen auf der rebellischen Insel erst, wenn vollendete Tatsachen geschaffen sind. Aber einen Unterschied gibt es doch zwischen England und Deutschland. Es ist in England auch außerhalb der Kreise der sozialistischen Arbeiter eine öffentliche Meinung vorhanden, die sich über das militärische Vorgehen empört und energisch auf Abhilfe drängt.

Als vor kurzem das in Dublin erscheinende Organ der verfassungstreuen Nationalisten „Freemans Journal“ verboten wurde, weil es die britische Verwaltung scharf angegriffen hatte, erregte dieser Verstoß gegen das Prinzip der Pressefreiheit den stärksten Unwillen bis in die konservativen Kreise hinein. Man erkannte, daß hier eine Bedrohungsgefahr vorliege, die an den Fundamenten des Staatswesens rüttelte. Das führende liberale Blatt in London, die „Daily News“, druckte sofort den Artikel ab, wogegen dessen „Freemans Journal“ unterdrückt worden war und stellte dem Herausgeber der irischen Zeitung telegraphisch für jeden Tag zwei Spalten zur Verfügung. In dem er keinen Standpunkt nach Belieben vertreten könne.

Aber auch das Parlament rührte sich. Am 16. Dezember wurde zunächst durch eine kleine Anfrage die Angelegenheit angeschnitten und nach der Beantwortung der Anfrage stellte der irische Abgeordnete L. B. O'Connor den Antrag auf Aenderung der Tagesordnung, damit das Beitrittverbot ausführlich besprochen werden könne. Nach der Geschäftsordnung des englischen Parlaments ist der Vorschlag, daß noch Annahme eines solchen Antrages zwar in die Erledigung der regulären Tagesordnung eingetretet, aber eine Stunde festgesetzt wird, zu der man die Verhandlungen unterbricht, um in die Beratung der Interpellation einzutreten. Nur in äußerst seltenen Fällen läßt das Parlament eine solche Abänderung seines Geschäftsganges zu und der Präsident ist außerdem berechtigt, einen entsprechenden Antrag überhaupt von vornherein zurückzuweisen. Die Angelegenheit von „Freemans Journal“ schien aber dem Präsidenten und den Abgeordneten wichtig genug, um sofort diskutiert zu werden, und so konnte von 8 Uhr abends an die Diskussion über das Beitrittverbot einsetzen. Auf der Tagesordnung stand außerdem noch ein Unterrichtsvergleich für Irland, gegen das die Iren stark opponieren, und da sie nicht wollten, daß diese Vorlage vor ihrer Interpellation behandelt wurde, trieben sie eine zielbewusste Lobbyarbeit, die die Parlamentarier nicht wohlwollend erblickte.

Es gibt, wir wiederholen es, Unterschiede zwischen England und Deutschland. In der noch dem „demokratischen Wehrrecht der Welt“ zusammengefaßten deutschen Notkassenverordnung rührt sich außer den Unabhängigen niemand, wenn es gilt, gegen die Verletzung der verfassungsgemäß garantierten Grundrechte zu protestieren. Im Gegensatz, die Volkvertretung des nachrevolutionären Deutschland jubelt dem Reichsverwesern zu, wenn er sich mit brustlicher Offenheit zu seiner Mißachtung der Verfassung und des Parlaments bekennet.

Das englische Sozialistenblatt „Daily Herald“ schreibt: Die Labour Party habe nach einer Besprechung der irischen Frage und der Lage in Irland beschlossen, eine Abordnung nach Irland zu entsenden, um die dortigen Verhältnisse an Ort und Stelle zu untersuchen und namentlich festzustellen, inwieweit das gegenwärtige Regierungssystem in Irland die gesetzlich individuelle Freiheit der Iren beeinträchtigt. Am 18. Dezember fand in Manchester eine Sitzung der Arbeiterpartei statt, in der die

Delegation aus folgenden sechs Mitgliedern zusammengesetzt wurde: Adamson, Henderson, Partinon, Cynes, L. Wilson und W. R. Smith.

## Cleod Georges Irlandspolitik.

London, 23. Dezember.

In seiner Rede im Unterhaus befaßte sich Cleod George ausführlich mit der irischen Frage. Er wies auf die durch die ständigen Kämpfen hervorgerufene Entfremdung zwischen Irland und England hin und erklärte dann, schon aus zwei Gründen müßte das irische Gesetz von 1914 geändert werden. Der erste Grund liege auf finanzlichem Gebiet, der zweite sei die Tatsache, daß man feinerzeit die selerische Verpflichtung auf sich genommen habe, die Staatsform Irlands zu regeln; das sei aber noch immer nicht geschehen. Schon aus zwei Gründen müsse man zu einer Verständigung kommen, erstens sei die Einigung zwischen Irland und Ulster notwendig und zweitens könne England nicht Irland als feindliche Republik zum Nachbarstaat haben.

Die Pläne der Regierung für eine Neuregelung seien in großen Zügen etwa folgende: Es sollten in Irland zwei Parlamente gebildet werden, eins für Irland und eins für Ulster, falls sie es wünschen, vereinigen könnten. Die Parlamente erhalten vollständig gesetzgebende Macht. Sie dürfen Gesetze, die nur auf Irland Bezug haben, vorschlagen und annehmen und alle Rechte ausüben, die nicht ausdrücklich dem Reichsparlament vorbehalten sind. Die irischen Parlamente dürfen über Unterhalts-, Wohnungs-, Arbeitsfragen, Fragen der lokalen Verwaltung, der Eisenbahn, der Polizei, lokale Rechtsfragen, über Wege und Brücken entscheiden. Ferner soll der Schutz der Arbeiterarbeiten gewährleistet werden. Bezüglich der finanziellen Regelung schloß die Regierung vor, Irland solle alle Zölle und Steuern mit Ausnahme eines entsprechenden Beitrages für die Reichsregierung übernehmen. Außerdem erhalte es vom Reiche für die Weiterentwicklung der irischen Volkswirtschaft einen Beitrag.

## Die Entente besteht auf ihrem Schein.

Paris, 23. Dezember. (Havas.)

Der Generalsekretär der Konferenz Dutassa übergab heute vormittag 10.15 Uhr in seinem Kabinett im Ministerium des Reiches dem Chef der deutschen Delegation Baron von Versner die Antwort der Alliierten auf die deutsche Note vom 15. Dezember, deren Text am Montag von den Chef der alliierten Delegationen aufgelegt worden war. Er begleitete diese Übergabe entsprechend den Anweisungen des Obersten Rates mit einem mündlichen Kommentar.

Baron von Versner erklärte Herrn Dutassa, daß er wegen der Verkehrserschwerungen und der Wichtigkeit dieses Dokumentes dafür halte, seine Regierung befragen zu müssen. Infolgedessen teilte Herr von Versner mit, daß er am Dienstag abend mit allen Sachverständigen abreise und in Paris einen Vertreter der deutschen Delegation zurücklasse. Er betonte, daß seine Abreise ganz und gar nicht als Ausdruck der Verhandlungen aufzufassen sei.

Die „Agence Havas“ glaubt zu wissen, daß Dutassa bei seiner Mitteilung an Herrn von Versner hervorgehoben hat, daß die Alliierten Verhandlungen für die wirtschaftlichen Schwierigkeiten Deutschlands zügeln und auch den Wunsch hegen, ihnen Rechnung zu tragen. Der Generalsekretär der Konferenz machte ferner den Chef der deutschen Delegation darauf aufmerksam, daß im Falle des Nachweises einer irrigen Einschätzung des gegenwärtig im Reich Deutschlands befindlichen Materials, auf die die Forderungen der Alliierten sich gründen, diese Ansprüche entsprechend ermäßigt werden. (Eine amtliche Meldung liegt in Berlin noch nicht vor.)

Aus diesem Telegramm läßt sich entnehmen, daß die Alliierten zunächst auf der Auslieferung von 400 000 Tonnen Schiffsmaterial bestehen. Des weiteren aber auch, daß sie bereit sind, wenn Deutschland keine Unterdrift gegeben hat, in eine Nachprüfung der Forderungen einzutreten und sie mit Rücksicht auf unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu ermäßigen.

Daß diese Hartnäckigkeit der Entente beklagenswert ist, braucht nicht noch einmal verifiziert zu werden. Aber mit allem Nachdruck müssen wir fordern, daß die deutsche Regierung nunmehr nicht länger zaudert. Wir sind in der Hand der Alliierten, und ein Verzicht, durch weitere Winkelzüge und Verzögerungsmanöver unsere Situation zu bessern, kann nur die gegenseitige Wirkung ausüben. Es ist schon sehr fraglich, ob es notwendig war, daß der Freiherr v. Versner mit seinem ganzen Stabe von Sachverständigen von Paris abgereist ist. Trotz seiner Versicherungen kann drüber der Eindruck erweckt werden, als sei wieder eine Verkleppung beabsichtigt. Die Verkehrsverhältnisse würden nicht gehindert haben, daß die Note durch einen Kurier nach Berlin gebracht und hier schnellstens erledigt worden wäre. Wir wissen nicht, wozu neue Verhandlungen mit den Sachverständigen dienen sollen. Deutschland befindet sich in einer unentrinnbaren Zwangslage und muß sich fügen, wenn das Schlimmste verhütet werden soll.

## Deutschland und die Vereinigten Staaten.

Washington, 23. Dezember.

Zu der heute verbreiteten Amsterdamer Meldung über die Annahme eines Antrages im Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten werden folgende Einzelheiten gemeldet:

Der Senatsauschuß für auswärtige Angelegenheiten hat nunmehr doch, wie bekannt, mit 7 gegen 3 Stimmen einen Antrag des Senates Anno angenommen. Dieser verlangt: wörtlich: 1. Daß der Kriegszustand zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland ohne jedwede Beschränkung in dem gleichen Augenblick aufhören soll, in dem der Krieg zwischen Deutschland und den anderen kriegsführenden Mächten aufhört. 2. Daß Deutschland den Vereinigten Staaten und seinen Vürgern sämtliche Rechte und Vorzüge einzäumt, welche andere Mächte und Staaten auf Grund des Versailles Abkommens erhalten. 3. Falls Deutschland diese Rechte und Vorzüge den Amerikanern gewähren will, so soll eine Erklärung des Präsidenten Wilson genügen, um den Verkehr zwischen Amerika und Deutschland wiederherzustellen.

Senator Anno sagte bei der Begründung des Antrages, daß die amerikanische Politik der Verhütung von Kriegen durch Einigung schiedsgerichtliche Entscheidungen bei internationalen Konflikten fortzusetzen solle. Die Annahme seiner Entschließung bedeute keineswegs An Vorgehen der Nationalisierung des Versailles Abkommens. Falls doch die notwendige

Zweidrittelmehrheit für die Ratifizierung zustandekommen sollte, so würde der Entschluß die Ratifizierung nicht beeinträchtigen. Der Zweck des Antrages wäre lediglich Frieden zu schließen und Amerika die Rechte und Vorzüge schon jetzt zu sichern, ohne auf die Ratifizierung abzuwarten.

## Aus der zweiten Internationale.

Das Programm des internationalen Sozialistenkongresses.

N. H. London, 23. Dezember.

Der Vollzugsrat des internationalen Kongresses der sozialdemokratischen Parteien beschloß, den Kongress, der im Februar in Genf zusammentreten sollte, bis zum 31. Juli 1920 auszuschieben. Die Überwindungen, die nach Rußland, Deutschland und Polen entstanden wurden, werden der Besammlung des Vollzugsrates in Rotterdam am 23. Februar Bericht erstatten. Der Vollzugsrat veröffentlicht ein Programm mit folgenden Punkten:

1. Baldige Ratifizierung des Friedensvertrages entweder mit gewissen Vorbehalten oder mit einer vollständigen Änderung, die ein sofortiges Inkrafttreten des Friedens ermöglicht. Besonders verlangt die Vollzugsrat die endgültige Feststellung des Beitrages der Schuldvergütung.
2. den baldigen Zusammenritt des Völkerbundes, damit die Versuche der Geheimdiplomatie, aus neue eine Bündnispolitik aufzubauen, verhindert werden.
3. Friedensschluß zwischen Rußland und den übrigen Mächten. Rückgängigmachung der Wladimir und aller Einschränkungsmassnahmen für Handel und Industrie, die politische Bewegung haben.
4. Gründung eines internationalen Wirtschaftsrates, in welchem Arbeiterorganisationen vertreten sind.
5. Eine internationale Anleihe, welche die sofortigen Bedürfnisse an Nahrungsmitteln, Rohmaterialien decken soll. Es sollen Sicherheiten dafür geleistet werden, daß diese Gelder nicht für andere Zwecke verwendet werden.

## Japanische Sozialisten gegen die Intervention in England.

London, 12. Dezember.

Dier eingetroffene Meldungen besagen, daß die japanische sozialistische Partei dem 7. Sozialkongress in Moskau den Brudergruß sandte und dabei ihre Enttäuschung über die japanische Intervention und ihr Verhalten darüber ausdrückte, daß sie nicht stark genug sei, die japanische Regierung zur Aufgabe der Intervention zu zwingen.

## Das beschädigte Amtsgeheimnis.

Der Regierung ist es äußerst unangenehm, daß ihr an dieser Stelle nachgewiesen wurde, daß sie, wenn es ihren Agitationszwecken gegen die unabhängige Partei dienlich erscheint, jede Verletzung des Amtsgeheimnisses gutheißt. Sie hat gegen Herrn Seilmann und den „Vorwärts“, die kürzlich amtliche Protokolle geheimer Kabinettsitzungen veröffentlichten, um aus diesen Agitationsstoff gegen unsere Partei herbeizutragen, nicht das geringste unternommen, sondern bemüht sich selbst, die Angelegenheit schweigend zu verbuddeln. Sie behauptet, daß aus einem der erwähnten Kabinettsprotokolle dem Genossen Haase ein Auszug zur Verfügung gestellt worden sei, den dieser bei den Verhandlungen der Nationalversammlung in Weimar benutzt habe.

Eine dümmere Ausrede konnte die Regierung wahrlich nicht finden. Sie brauchte nur noch zu behaupten, daß der Vorstand unserer Partei dem „Vorwärts“ selbst das Material zur Verfügung gestellt habe. Aber mit solchen Mäßen wird die Regierung die Öffentlichkeit nicht irreführen. Herr Seilmann und der „Vorwärts“ bemerken in ihren Ausführungen, daß ihnen das Protokoll vorgelegen habe, wohlgenutzt: das Protokoll, nicht eine Abschrift desselben. Außerdem erwähnte der „Vorwärts“ den Inhalt und das Datum eines zweiten Protokolls, was ihm ebenfalls nur aus der Einsichtnahme bekannt sein kann.

Es muß nochmals als feststehend wiederholt werden, daß der „Vorwärts“ und Herr Seilmann nur mit Hilfe höchster Regierungsstellen zur Kenntnis der Protokolle gekommen sein kann. Die Regierung erklärt nicht mehr auch offen, daß sie selbstverständlich das Recht hat, aus einzelnen geheimen Kabinettsprotokollen nach ihrem Belieben, d. h. nach ihrem Parteinteresse, Mitteilungen an die Öffentlichkeit zu machen. Angesichts dieses Eingeständnisses ist es selbstverständlich, daß auch diejenigen früheren Mitglieder der Regierung, die heute nicht mehr dem Kabinet angehören, zur Abwehr solcher Parteitagitation das Recht haben, nunmehr ihrerseits das zur vollkommenen Aufklärung der Wahrheit notwendige Material herbeizutragen.

## Klassenjustiz.

Keine Verhandlung gegen den Mörder Eisners.

Am 21. Februar wurde Genosse Kurt Eisner nach einem wohlüberdachten Mordplan auf feige Weise hinterhältig ermordet. Diesen Mord, ebenso wie die Ermordung Karl Liebknechts und Rosa Luxemburgs, leitete die Sozialrevolution ein. Die Mörder sind bis heute straffrei geblieben. Oberleutnant Vogel, der einzige der Offiziere verhaftet, ist nicht freigesprochen werden konnte, mit amtlicher Unterstützung nach Holland gebracht worden und schont für die deutsche Justiz noch immer unerreicht zu sein. Und der Mörder Eisners, Graf Arco-Valley, leidet dauernd an „Schwindelanfällen“, und die Verhandlung gegen ihn wird dauernd hinausgeschoben, während die Justiz bereits Zeit gefunden hat, den Mord über Lindner, der seine verdammenswerte Tat unter dem unmittelbaren Einfluß der Ermordung Eisners beging, 14 Jahren Strafkreis zu verurteilen.

Es kommt aber noch besser. Es wird jetzt erklärt, ein notwendige ärztliche Untersuchung habe ergeben, daß Graf Arco-Valley verhandlungsunfähig sei. Der Sozialdemokrat im Landgericht 1 München hat bereits durch Kren Vertreter, den ersten Staatsanwalt Gabel mitteilen lassen, daß drei ärztliche Gutachten über die gegenwärtigen Gesundheitszustand des Grafen eingeholt werden. Alle drei Gutachten hätten zum übereinstimmenden

mend ergeben, daß eine Verhandlung gegen den Grafen eine unmittelbare Lebensgefahrung bedeuten würde, da eine der Angeln, die dem Mörder nach der Tat von dem das Landtagsgebäude bewachenden Posten nachgefolgt wurde, lose im Gehirn sitzt und hier fortwährende neue Eiterungen hervorruft. Eine Verlagerung des Geschosses erachte jedoch nicht möglich und ebensowenig eine operative Entfernung.

Diese Mitteilung ist nach mehreren Richtungen hin bemerkenswert. Vorher hieß es nämlich dauernd, daß die Verhinderung der Mordtat durch einen Mörder nicht stattfinden wird. In der Tat ist die Verhinderung der Mordtat durch einen Mörder nicht stattfinden wird. In der Tat ist die Verhinderung der Mordtat durch einen Mörder nicht stattfinden wird. In der Tat ist die Verhinderung der Mordtat durch einen Mörder nicht stattfinden wird. In der Tat ist die Verhinderung der Mordtat durch einen Mörder nicht stattfinden wird. In der Tat ist die Verhinderung der Mordtat durch einen Mörder nicht stattfinden wird.

### Oberleutnant Vogel — noch in Holland.

Vor einigen Monaten wurde gemeldet, der Mörder Rosa Luxemburg sei nach Argentinien verbannt. Diese Meldung war von dem Norddeutschen Generalstab in die Welt gesetzt worden, um die Spuren Vogels zu verwischen. Wie sich jetzt herausstellt, befindet sich der Mörder noch in Holland. Er ist dort vorige Woche verhaftet worden und hatte sich am letzten Montag in Haarllem wegen des gegen ihn gestellten Auslieferungsantrags zu verantworten.

Das holländische Gericht hat ein Urteil noch nicht gefällt. Es ist auch mehr als fraglich, ob Vogel ausgeliefert werden wird, denn die Auslieferung liegt nicht im Interesse der deutschen Mächte. Diese haben sich vielmehr schärfend vor die Mörder Rosa Luxemburg und Karl Liebknecht gestellt, haben die Justizkommission in Moskau aufzuführen lassen, um die Lesensfähigkeit irreführend, und Moskau hat in aller Stille das Urteil bestätigt und damit der Kommode die behördliche Sanktion gegeben.

Die Arbeitererschaft möge sich also keiner Täuschung hingeben. Der Mord an Luxemburg und Liebknecht wird durch die Oberregierung nicht gesühnt werden. Sie hat die Straffreiheit für Mordtaten, die an Revolutionären verübt wurden, geradezu zum Prinzip erhoben. Ihre Aufgabe ist es nicht, die Verbrechen aufzuklären, sondern sie zu verdecken. Das geht neben anderen auch aus der Tatsache hervor, daß auch die Offiziere, die Vogel zur Flucht verholfen haben, nicht zur Verantwortung gezogen worden sind, obwohl, wie immer in solchen Fällen, eine strenge Untersuchung angeordnet worden ist und die Namen der Helfershelfer der Regierung von Anfang an genau bekannt waren. Sie befinden sich heute noch auf freiem Fuß und leben von den festen Früchten, die ihnen von dem Norddeutschen nach der gelungenen Flucht Vogels gespendet worden sind.

### Neue Provokationen der Baltikumer.

#### Eine Hindenburg-Armee.

Die Baltikumtruppen haben überall, wo sie sich in Deutschland niedergelassen haben, schwere Ausschreitungen begangen. Am schlimmsten sind die Grenzorte daran, wo sich der erste Jörn der räuberischen Rebellen Luft verschafft. Von Raub und Diebstählen abgesehen, hat es die Truppe, geführt von Offizieren, vor allem darauf angelegt, die Bevölkerung im nationalistischen Sinne zu provozieren. So wird jetzt aus Memel berichtet, daß dort Angehörige der berüchtigten Eisernen Division von Lokai zu Lokai ziehen, patriotische Lieder anstimmen und die Gäste zwingen, aufzustehen und den väterländischen Reden mitzumachen. Leute, die sich widersetzten, haben, sind mit der Waffe bedroht oder blutig geschlagen worden. Genau so, wie es in der Kurassimmung 1914 geschah.

Diese Vorgänge sind ein Symbol. Sie zeigen uns, daß sich die Baltikumer noch wie vor als nationalistischer Vortrupp betragen. Sie haben ihre Pläne, der Reaktion durch einen offenen Kampf in den Sattel zu verheizen, noch nicht dreigestrichen, sondern rüsten vielmehr, dank der geneigten Unterstützung durch Moske, zu neuen Schlägen. Die Unterjüngung durch Moske, zu neuen Schlägen. Die Unterjüngung durch Moske, zu neuen Schlägen. Die Unterjüngung durch Moske, zu neuen Schlägen. Die Unterjüngung durch Moske, zu neuen Schlägen. Die Unterjüngung durch Moske, zu neuen Schlägen.

Für das, was kommt, ist Moske verantwortlich. Er befreit weder die Verbrecher, die sich an den Schiegunen beteiligt und das Volk um Millionen betrogen haben, noch trifft er Anstalten, die zurückgekehrten Truppenteile aufzulösen, obwohl sie, außer dem nationalistischen Reden, keinerlei Dienst verrichten, also völlig überflüssig sind und schon aus diesem Grunde nach Hause geschickt werden müßten. Kein materielles Beirathet, ist es schade, den sich Moske mit der Erhaltung der Baltikumtruppen verschafft, täglich ziele 600.000 Mark. Will die Regierung also dem Skandal nicht wenigstens aus finanziellen Gründen ein Ende machen?

### Aus dem Staate Kossau.

Wir haben in der gestrigen Morgenausgabe zwei markante Fälle aus dem Staate Kossau mitgeteilt. Sie bezogen sich auf eine Errungenenschaft der Revolution allerjüngsten Datums: Offiziere, die auf der Straße nicht begrüßt werden, sondern den Schwereverbrechen ein paar Revolverkugeln hinwerfen. Nur durch Zufall verlegten die Schüsse ihr Ziel. Und nun kommt Moske und läßt erklären, daß es sich nur um „Warnungskugeln“ gehandelt habe und daß „mitunter scharf vorgegangen werden muß, um die Disziplin herzustellen“.

Eine seine Firman Die wöhlmännlichen Offiziere banden im Wege die Soldaten wegen leichter Vergehen an den Baum. Das

war eine Vorarbeit, aber sie entsprang dem Wesen des Kaiserlichen Militarismus. Und außerdem war Krieg. Im Staate Kossau aber herrscht wenigstens dem Scheine nach tiefer Friede. Und trotzdem fühlten sich die Offiziere befugt, das Schießen zu zeigen und das Leben ihrer Mitbürger zu gefährden, damit die Disziplin erhalten bleibt. Dem Ansehen im Felde ging wenigstens eine Untersuchung voraus. Nostes Offiziere aber brauchen diese Väterlichkeit nicht mehr zu erfüllen. Die Todesstrafe für den, der nicht grüßt!

So reformiert Moske das neue Heer.

### Die Reaktion.

Aus Magdeburg wird berichtet: „Im Januar 1919, also vor 11 Monaten, sprach ein Soldat vom Infanterie-Regiment 66 mit Kameraden über die ungerechte Behandlung. Der Kompanieführer, ein Hauptmann, war dazu gekommen und hatte den angeklagten Soldaten durch seine große Tonart in Erregung versetzt, woraus dieser erwiderte: „Wir haben uns die Knochen kaputt schießen lassen müssen. Sie aber haben sich in der Stuppe herumgedreht.“ Diese jurdortbare Beleidigung mußte geahndet werden. Der Anklagevertreter beantragte 4 Wochen Mittelarrest. Nur dem Umstand, daß ein ärztlicher Sachverständiger bestätigte, daß der Schwerverbrecher infolge des Krieges nervenleidend ist und in einer feelischen Erregung gehandelt hat, ist es zu danken, daß man ihn unter Jubilation mildernden Umständen mit „nur“ einer Woche Mittelarrest bestrafte.

Man sieht, die Militärjustiz ist besser als ihr Ruf. Nach 11 Monaten vermag sie noch das fürchterliche Verbrechen einer Offiziersbeleidigung zu ahnden. Nur in Kleinigkeiten, wie Provokationen, Mißhandlungen, Reineiden, Begünstigungen eines Verbrechens und dergleichen verlagert ihre Kunst. Möge sie daher zur Hebung des Rechtsempfindens noch recht lange am Leben bleiben.

### Arbeitslosenversicherung.

Nach einer Mitteilung der „Vossischen Zeitung“ ist im Reichsarbeitsministerium ein Gesetzentwurf über die Arbeitslosenversicherung ausgearbeitet, der aber bisher nach einer offiziellen Mitteilung nur eine Vorarbeit darstellt, die nur durch ein Gesetz in Kraft gesetzt werden könne. Trotzdem halten wir es für notwendig, den wesentlichen Inhalt dieser Arbeit wiederzugeben, befallen uns aber eine eingehende kritische Stellungnahme vor.

Der Gesetzentwurf umfaßt 117 Paragraphen. Versicherungspflichtig sind von 16 Jahre ab Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Betriebsbeamte, Wertmeister und andere Angestellte in ähnlich gehobener Stellung, Handlungsgehilfen und Gehilfen in Apotheken, Läden- und Orchestermitgliedern ohne Rücksicht auf den Kaufwert der Leistungen und die Schiffabfertigung deutscher Seefahrzeuge oder Fahrzeuge der Wonnenschiffahrt. Arbeitslosenunterstützung erhält, wer mindestens in den 12 Monaten vor Eintritt der Arbeitslosigkeit 26 Wochen hindurch Beiträge geleistet, wenn er arbeitsfähig ist, aber nach Beschäftigung durch den Arbeitsnachweis eine passende Arbeit innerhalb drei Tagen seit Verlassen seiner letzten Arbeitsstelle nicht gefunden, und während des laufenden Kalenderjahres seinen Anspruch auf Arbeitslosenunterstützung in der Höhe von insgesamt 13 Wochen noch nicht erschöpft hat.

Arbeitslosenunterstützung wird nicht gewährt, wenn der Versicherte seine Stelle infolge eines Streiks verloren hat, für die Dauer des Streiks, oder seine Stelle freiwillig ohne triftigen Grund aufgegeben hat, oder wegen schuldhaften Verhaltens entlassen wurde, oder wenn dem Versicherten eine passende Beschäftigung nachgewiesen wurde und er diese ohne triftigen Grund nicht angenommen oder bei einer angenommenen nicht angetreten hat.

Die Unterstützung wird vom dritten Tage der Arbeitslosigkeit ab in Höhe des Ortslohns (§ 149 ff. der ADO.), der am Tage der Abreise maßgebend ist, gewährt, sie kann ganz oder zum Teil verweigert werden, wenn der Versicherte die Abreise durch eine strafbare Handlung geschädigt hat, die mit Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte bedroht ist, wenn er wiederholt wegen Trunksüchtigkeit oder geschlechtlicher Ausschweifungen arbeitslos geworden, oder sich fahrlässig der Ueberwachung entzogen hat.

Der Reichsarbeitsminister ist berechtigt, Anordnungen zu treffen und Einrichtungen zu unternehmen, die Verhütung von Arbeitslosigkeit zum Gegenstand haben. Die Mittel hierzu werden aus einer gemeinsamen Kasse bestritten, zu der jede Kasse ein Drittel der Jahresbeiträge aus den eingegangenen Beiträgen beizusteuern hat.

Als Träger der Arbeitslosenversicherung werden Arbeitslosenstellen ermittelt, welche den allgemeinen Ortskassen angegliedert werden. Für die Mitglieder knappschaftlicher Kassenstellen sind die Arbeitslosenstellen der knappschaftlichen Kasse angegliedert werden. Die Ausbringung der Mittel erfolgt in der Weise, daß die Unternehmung und die Versicherer für jede Woche zu gleichen Teilen Beiträge entrichten. Die Beiträge des Reichs und des Gemeindeverbandes betragen je ein Viertel der eingegangenen Beiträge der Unternehmer und der Versicherer zusammen.

### Berliner Stadtverordnetenversammlung.

Es ist zum Lachen! So leidet der Stadtschulrat seine Antwort an das Protestschreiben der Christlichen Volkspartei in seinem Doppelsinne ein. Die Zentrumsmannschaften hatten nämlich mit geradezu peinlich berührender Schamlosigkeit eine Anfrage an den Magistrat gerichtet, was er zu tun gedente, um in Zukunft die Anstalten vor einer derartigen Verletzung ihrer rechtsfähigen Gestalt zu schützen, wie es — man staune — gelegentlich eines Elternabends, durch die Aufführung des Stückes: „Der Bauer im Begefeuer“ von Hans Sachs! geschehen sei. Offenbar haben die Interessenten das Stück überhaupt noch nicht gelesen, aber ihr Interesse wußten einen Mangel auf, wie man ihn heuteutage nicht einmal einem Zentrumsdirektor nachsehen kann. Das Stück hat keinerlei antikatolische oder antireligiöse Tendenz, sondern es ist, wie schon der Name Hans Sachs verrät, ein dramatische und witzige Humors. Der Magistratsdirektor fertigte die Hinterlinge mit verdientem Spott ab.

Am Mittelpunkt der Beratungen stand die große Kaufmannschaft der Besoldungsordnung. Nach monatelangen Vorarbeiten war das schwierige Werk, die verschiedenen Wünsche und Forderungen zu vereinigen, soweit möglich, daß sich das Klement anhänglich damit befaßt konnte. In der Vorlage waren eine große Anzahl Anträge eingebracht worden. Unter diesen der unserer Fraktion, daß mit dem Anstaltsstreik des Gesetzentwurfs „Groß-Berlin“ eine generelle Regelung über das gesamte erweiterte Stadtgebiet vorgenommen werden müsse.

In der ausgedehnten Debatte zeigte sich, daß noch viele Wünsche unerfüllt bleiben müßten. Aber, darin hatte unser Redner Ulrich zweifellos Recht, die Angelegenheiten, die bis zur Revolution nicht fertig bekamen, ihre Interessen ausreichend wahrzunehmen, dürfen mit dem Treuevertrauen als erstem Erfolge wohl zufrieden sein. Im ganzen war die Aussprache nur ein Weltrennen um die Gunst der städtischen Beamten und Angestellten. Geschlossen wurden ganz wesentliche Gehaltsforderungen und dazu auch eine Erhöhung der Steuerungszulagen. Letztere wurden neben der Gehaltssteigerung von 1900 auf 2000 Mark hinaufgesetzt. Das entsprach aber den Wünschen der auf der

Trieblinie anwesenden städtischen Beamten nicht, die 2400 Mark erhofft hatten. Sie brachten das durch hürnische Vfurufe zum Ausdruck. Unser Antrag, die Geltungsdauer bis zur Schaffung Groß-Berlins zu beschränken, wurde zurückgezogen, nicht weil dann keine Neuregelung erforderlich erschien, sondern um seine Unsicherheit in der Beamtenchaft aufkommen zu lassen.

Dann kam ein Dringlichkeitsantrag unserer Fraktion zur Verhandlung, durch welchen eine Weihnachtshilfe an minderbemittelte Einwohner gefordert wird. Genosse K. Wurm begründete ihn. Mitter von den Rechtssozialisten rechnete die große Leistung aus, die der Stadt aus dem Antrage erwachsen würde und äußerte Bedenken gegen dessen Durchführbarkeit, bestonte aber, seine Fraktion werde dafür stimmen, jedoch um ihn möglichst zu verwässern. Als die bürgerlichen Parteien auch allerlei Einwände hielten, wurde die Tribüne wiederholt sehr unruhig. Geschäftsordnungsmäßig mußte der Antrag an einen Ausschuss gehen. Demgemäß wurde entschieden.

## Gewerkschaftliches.

### Neuwahlen der Angestellten- und Arbeiterausschüsse der Berliner Großbanken.

Der Verband Berliner Bankleitungen und die Bank des Berliner Massenvereins haben trotz der durch das kommende Betriebsratsgesetz in Kürze notwendig werdenden Neuwahlen der Betriebsräte es für angezeigt gehalten, trotzdem jetzt eine Neuwahl der auf Grund der Verordnung vom 23. Dezember 1919 gewählten Angestellten- und Arbeiterausschüsse vorzunehmen zu lassen. Offensichtlich sollte man es dabei auf eine Schwächung der gewerkschaftlichen Richtung abgesehen. Diese Absicht ist durch das Ergebnis der Sonnabends vergangener Woche abgeschlossenen Wahlen durchkreuzt worden; denn von 77 Seiten der Angestelltenausschüsse entsandten auf die Liste des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten 57 Sitze, auf den DDB. bezog die Handbünde entsandten 14 bzw. 5 Mandate, während die Vereinbarung der Oberbeamten im Bankgewerbe nur 1 Kandidaten durchbringen konnte.

Die Seite der gewerkschaftlichen Angestellten (Kassenboten, Diener, technisches Personal) wurden ausnahmslos durch Mitglieder des Allgemeinen Verbandes der Deutschen Bankbeamten, Sektion Kassenboten, besetzt. Der Ausfall dieser Wahlen hat gezeigt, daß sich die Angestelltenchaft im Berliner Groß-Bankgewerbe, kaufmännisches sowohl als technisches Personal, mit erdrückender Mehrheit zu den gewerkschaftlichen Tendenzen des Allgemeinen Verbandes bekennet. Diese Tatsache wird auf das Ergebnis der jetzt beginnenden Verhandlungen zur Schaffung eines Reichsstarifs für das Bankgewerbe nicht ohne Einfluß bleiben.

### Die Berliner Buchbinder für den Industrieverband.

Eine von der Berliner Ortsverwaltung des Buchbinder-Verbandes einberufene öffentliche, sehr stark besetzte Buchbinder-Versammlung am vergangenen Sonntag beschäftigte sich mit der Frage der Industrieverbände und nahm Stellung zu einer Wirtschaftsbekämpfungsliste. Das Referat zum ersten Punkte der Tagesordnung hielt Genosse Köding, nachdem es einigen rechtssozialistischen Lehren nicht gelungen war, den Punkt von der Tagesordnung abzugeben. Er verwarf die Betriebsorganisationen des Berliner Kommunisten und trat für Umbildung der einzelnen Ortsorganisationen zu Industrieverbänden ein. Eine Resolution, die sich im allgemeinen mit der in dieser Frage von der Gewerkschaftskommission beschlossenen Resolution deckte, wurde gegen wenige Stimmen angenommen.

Bei der Angelegenheit „Wirtschaftsbekämpfungsliste“ entspann sich eine recht lebhaft Diskussion. In Anbetracht der bestehenden Not wurde an die Forderung einer Wirtschaftsbekämpfungsliste gedacht. Die Forderung wurde abgelehnt, den Arbeitgebern, die geneigt waren, eine solche zu gewähren, wurde dies von der famosen Arbeitsgemeinschaft verboten. Wegen der Ablehnung der Forderung einer Wirtschaftsbekämpfungsliste, waren die Buchbinder der Firma H. S. Hermann in eine Art passive Resistenz getreten. Schließlich geigte die Firma doch entgegenzukommen, trotzdem der Zentralvorstand des Buchbinder die Forderung einer Wirtschaftsbekämpfungsliste als unzulässig bezeichnet hatte. Eine Resolution, die scharfe Stellung gegen den Zentralvorstand nimmt, das träge Verhalten dieses gegenüber der Forderung einer Zeurungszulage verurteilt und die Arbeitsgemeinschaft ablehnt, wurde angenommen.

### Die Lohnbewegung in der Lederwirtschaft.

Am Montag fand eine Sitzung der freigeberkschaftlich organisierten Betriebsfunktionäre der Lederwirtschaft statt. Da den Groß-Berliner Arbeitgeberverband des Großhandels keine im Sinne der Resolution befriedigende Antwort gegeben hatte, wurde aus den Kreisen der Verursachenden der Antrag gestellt, am 23. Dezember vormittags die Streikparole für die gesamten Betriebe der Lederwirtschaft herauszugeben. Dem Antrag wurde von allen Seiten lebhaft zugestimmt. Mit großer Mühe gelang es den Verhandlungsvertretern, den Antrag zur Vertagung zu bringen, da es nicht für zweckmäßig angesehen werden kann, während der Dauer eines Tarifvertrages in den Ausstand zu treten. Erst nach einer längeren und sehr lebhaften Aussprache kam der Beschluß zustande, den Antrag auf Proklamtion des Streikes auf die Tagesordnung der nächsten Funktionsversammlung zu setzen, da bis dahin der Tarifvertrag abgelaufen ist.

Zur Bewegung der Straßenbahner wird mitgeteilt, daß die Verhandlungen ins Stocken geraten sind. Am 12. Dezember sollen mit der Direktion eine Kusprache stattfinden. Als die Vertreter der Straßenbahner erschienen, war noch eine Vertretung eines Verbandes anwesend, der vorzugsweise auf Grundlages zu stehen und dem der größere Teil des Personals der Hoch- und Untergrundbahn angehört soll. Dieser „Verband-Eisenbahnerverband“ wies früher alle Tendenzen einer gelben Organisation nach, weshalb die Vertreter der Straßenbahner es ablehnten, sich mit ihnen an den Verhandlungen zu beteiligen. Die Folge davon war, daß die Verhandlungen nicht in Fluß kamen. Wie wir hören, soll der Arbeitsminister sich auf den Standpunkt gestellt haben, daß bei Verhandlungen Organisationsfragen wegen politischer Auffassungen nicht aufgeschaltet werden dürfen. Es ist zu erwarten, daß die Verhandlungen schließlich aufgenommen werden, zumal die getroffenen Abmachungen am 31. Dezember ablaufen.

Verantwortlich für die Redaktion Alfred Wislapp, Neuhöfen, Verlagsgenossenschaft „Freiheit“, s. O. m. b. H. Berlin. — Druck der Lindendruckerei und Verlagsgesellschaft m. b. H., Schiffbauerdamm 19.

**GESCHLOSSEN**  
bleibt umzugshalber  
zwischen Weihnachten und Neujahr  
unsere Buchhandlung

Unsere Geschäftsfreunde bitten wir hier von Kenntnis zu nehmen, da während dieser Zeit nichts angeliefert werden kann.

# Was jede Dame wünscht

ist modern und elegant zu sein. Zu gediegener Eleganz gehört heute für den Gebrauch auf der Straße, in Geschäften, im Theater usw. eine hübsche Brille. Die neuen Ruuhne-Brillen sind von so ansprechender, vornehmer Ausführung, daß jede Dame sich immer von neuem darüber freut, weil die Ruuhne-Brille ihr Gesicht gibt, ihren guten Geschmack zu zeigen und bei der Handhabung weidliche Grazie zu entfalten. Die Auswahl in aperten Formen ist reichhaltig sowohl in gediegenen Silber-, Gold- und Goldsilber-, als auch besonders in den wunderhübschen, goldplattierten Brillen, für deren goldfarbiges

Aussehen wir drei Jahre garantieren in den Preislagen von 20.- bis 150.-  
**Kostenlos**

prüfen wir Augen und Gebraucht mit Sorgfalt und garantieren für passende Gläser sowie für haltbarste aller Fassungen von 12.50 M. an. Dafür erhalten Sie bei uns einen guten Gold-Double-Kneifer (ohne Silber) und dazu noch ein Jahr Garantie, d. h. solange alle Reparaturen umsonst, selbst wenn die Fassung durch einen unglücklichen Zufall zerbrochen wird. Nur für Hornbrille, Schildpatt und zerbrochene Gläser haben Sie zu zahlen.



Stroh'sche Augen, Geh' zu Ruhhne!

## Optiker Ruhhne

22 Geschäfte

Altes Gold wird zum Tagespreis gekauft und in Zahlung genommen.

- |   |   |   |  |  |                              |  |
|---|---|---|--|--|------------------------------|--|
| <b>C.</b> Spillemarkt, 4de Wall-Str. Alexanderplatz, neben W. Linder, Kollbuser-Damm 10, nahe Wollentor, Oranien-Str. 44, nahe Cruxen-Platz | <b>W.</b> Cespiger Str. 113, 4de Kreuz-Str. Cinf-Str. 1, 4de Döbberner-Str. | <b>N.</b> Echauffe-Str. 72, Invaliden-Str. 164, 4de Brannen-Str. Schönhauser Allee 61, Hochbahnstation Vorplatz Belle Alliance-Str. 4, am Roten Tor | <b>Schöneberg:</b> Haupt-Str. 71 a. Kollbuser-Str. Friedenau: Rhein-Str. 18, 4de Hoch-Str. gegenüber der Kaiser-Str. Wilmersdorf: Berliner Str. 137-3, a. h. Hübner-Str. | <b>Charlottenburg:</b> Lauenhagen-Str. 15, 4de Korb-Str. Joachimsdamm-Str. 2, am Bahndorf 300 Neudamm: Dorostr. 4 gegenüber Kollbuser-Str. | <b>Spandau:</b> Beetz Str. 1 | <b>Berlin:</b> O. Frankfurter-Allee 14, N. Invaliden-Str. 117 am Siedler Bahnhof |
|---|---|---|--|--|------------------------------|--|

### Theater und Vergnügungen.

- Volkshöhne:** Theater am Hiltowplatz. Heute geschlossen.
- Opernhaus:** Heute geschlossen.
- Schauspielhaus:** Heute geschlossen.
- Deutsches Theater:** Heute geschlossen.
- Kammerspiele:** Heute geschlossen.
- Größes Schauspielhaus:** Heute geschlossen.
- Residenz-Theater:** Heute geschlossen.
- Eyckens Hambrrecht:** Heute geschlossen.
- Trianon-Theater:** Heute geschlossen.
- Maskerade:** Heute geschlossen.
- Röniggrätzer Straße:** Heute geschlossen.
- Römischer Hof:** Heute geschlossen.
- Berliner Theater:** Heute geschlossen.
- Lassing-Theater:** Heute geschlossen.
- Deutscher Künstler-Theater:** Heute geschlossen.
- Neues Operettenhaus:** Heute geschlossen.
- Die Dame vom Circus:** Heute geschlossen.
- Rose-Theater:** Heute geschlossen.
- Casino-Theater:** Heute geschlossen.
- Schniepels Lene:** Heute geschlossen.
- Apollo-Theater:** Heute geschlossen.
- Wintergarten:** Heute geschlossen.

### Walhalla-Theater

Geöffnet  
Tablauer ein Soli-Opern-Ver.  
Tel.: Montzinger 14814.  
Tel. 7, und Sonntag nachm. 3 Uhr!

**Eilte-Sänger**  
9 eben. Mittel. der Star-Oper Sänger.  
Blüthen-Lied.  
Vorv. 11-13 u. 4-6 U

### Circus Busch

Geöffnet  
Ab 1. Feiertag bis einschließl. 2. Vorjüngling 8 und 7 Uhr.  
Nachm. 1. eigenes Kind frei.  
In sämtlichen Vorstellungen Das größte Feiertags-Programm.  
Außerdem zum Schluß: Märchenparade.  
Abends Tragicom. „Aphrodite“

### Eichhofbauer Volks-Varieté

Warschauer Str. 34/36.  
Täglich erstklassige Varieté-Nummern.  
Das große Weihnachtsprogramm.

### Fortuna-Lichtspiele

Müllerstraße 12e  
Vom 18. bis 26. 12. 1914  
Präparaden Original-Wild-West-Drama  
**Die Peruanerin**  
Hauptdarsteller: Mady Christians Reinhold Schöndel  
Vorzugspreis Nur 3 Tage: Ab 27.-29. Blonden Gift  
Großer Sitzenstreicher mit Reinhold Schöndel.

### MUSIKALISCHES WEIHNACHTSANGEBOTE

MUSIKALISCH INSTRUMENTE SAITEN GEVIERTLICH ORGANOIDE PLATTEN - NADDELN PIANOS - FLÜGEL HARMONIUMS Reparatur - Werkstätten

**BERLIN O 34** FRANKF. ALLER 327 ALEX. 4189  
**BERLIN - LICHTENBERG** FRANKF. ALLER 367 ALEX. 4189  
**BERLIN - SCHÖNEBERG** HAUPTSTRASSE 9 STERN 11 AN 8090

### Photoapparate

Ankauf  
Jugendverkauf  
Photo-Steckelmann.  
W. 9. Potsdamer Str. 136

### Großes Schauspielhaus

Zweiter Weihnachtstheater, 2 1/2 Uhr  
Einmalige Weihnachtsgeschichte u. 4er Abonnement

## Die Drehtie

Regie: Max Reinhardt  
Hauptrollen: Alexander Moissi, Auguste Pöhlke, Hans Brokmann, Eva Rosen, Margarethe Christians, Paul Danne, Ferdinand Stegner, Walter Redlich, Josef Kleta  
Preise der Plätze: M. 2.- bis M. 10.-  
Sitzplätze: Theaterkassa, A. Wetzeln und im Invalidentor

**Platina, Gramm 126,- Mk.**  
Alte Gebisse bis 1000,- Mark, Gold, Silber, Platinzähne nicht unter 7,- Mark  
kauft Frau Linke, Bülcherstr. 40, v. 2 Tr.  
Vorzeiger höherer Inarata erhält höhere Preise.

### Gardinen

Herzig, Dresdener Straße 124  
Hochhausstation Kottbuser Tor  
offert abgepaßte Schalgardinen das Fenster für 20 Mk. Künstlerarbeiten (sowie billig) guter weicher Stoff von 50 bis 75 Mark und darüber. Ein Besuch ist lohnend.

Jeder alte Damen- u. Herrenhut wird wie neu!  
Großes Lager von billigen Samt-, Velour- und Filzhüten  
Hutumpresserei Schkolnik & Wurzel  
Hauptgeschäft Schwandauer Str. 74  
Fil. Wollfuss, Sedanstr. 41, Fil. Rathenow, Sedanstr. 34

### Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

Die vollständigen Vorkriegs-Akten  
Zusammengestellt von Karl Kautsky  
Herausgegeben von Graf Max Montgelas und Professor Walter Schücking  
erschienen unter dem Titel

## Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch

bei der Deutschen Verlagsgesellschaft für Politik und Geschichte m. b. H. Charlottenburg / Schillerstraße 119

Die Sammlung umfaßt vier Bände von zusammen 1000 Seiten mit insgesamt 1123 Einzelblättern, den Drucksachen, den handschriftlichen Urkunden, den Berichten, die Zeugnisse der deutschen Bevölkerung in Berlin, sowie die Berichte der deutschen Botschaften in Berlin, sowie die Berichte der deutschen Botschaften in Berlin, sowie die Berichte der deutschen Botschaften in Berlin.

### 125 Dokumente von der Hand Wilhelms II.

Das einzige unverfälschte Bild der Verhandlungen vom Juli 1914 gibt allein die vollständige Aktensammlung des Auswärtigen Amtes  
Diese Aktenstücke im Rahmen einer kleinen Zeitschrift, wie sie Keatsy unter Leitung von Prof. Dr. Schücking, erschienen sind, sind die einzigen, die die Vorgänge im Juli 1914 zeigen.

Ladenpreis der 4 Bände 34 Mark  
zu beziehen durch jede Buchhandlung

### Joseph Berger & Co., Oranienstrasse 166.

## Größtes Musikinstrumenten-Spezialhaus Berlins

Flügel, Pianos, Harmoniums auch mit eingebauten Spielapparaten.  
(ohne Notenkenntnis sofort spielbar), neu und gebraucht.  
Eingespielte Violinen, Mandolinen, Celli, Gitarren, Lauten, sowie alle Streich- und Zupfinstrumente, Zithern mit Unterlegnoten, Konzertzithern, Bandonien, Hand- und Mundharmonikas, Noten für alle Instrumente in grosser Auswahl, Saiten, Utensilien etc.  
Umtausch u. Ankauf aller Instrumente- Reparatur und Aularbeitung von Pianos, Flügeln etc.

### Ulster Anzüge

## M. Schulmeister

BERLIN SO.  
Dresdener Straße 4  
Kottbuser Tor

### Hosen Regenmäntel

### Bunte Küchen

von 300 Mark an  
1- u. 2-Stuben-Einrichtungen  
Bar oder Kredit!  
**Möbel-Gross**  
Grosse Frankfurter Str. 141  
Invalidenstr. 5, Eing. Kottbuser Tor.  
Zahlungsbedingungen nach Wunsch. Größte Räte nicht bei Arbeitslosigkeit und Krankheit. Kriegenhilfe u. Sparanlagen nehme in Zahlung.

Vor Verkauf von  
**Quecksilber und Silbernitrat (Höllenstein)**  
sicherste, zahlungskonkurrenzlose Preise  
**Metallkontor, Alte Jakobstr.**  
Ecke Hollmannstr. (am Hallischen Tor)  
Montag, 12. 11. 1914

### Zum Weihnachtstest

empfiehlt prakt. Geschenke  
**Größte Auswahl Hüte / Hosenträger Mützen / Schirme Oberhemden**  
Krawatten / Kragenschoner  
**HUTHAUS Brunnenstr. 52**  
an der Bornauer Straße.  
**NORDEN Badstrasse 65**  
gegenüber Grünthaler Str.

### Briefmarken, Münzen

kauft Grossmann, Johannisstr. 4  
Norden 10 621.

### An Alle!!!

**Kupferleitungen, Elektromotoren**  
Kupferleitungen, Elektromotoren, sowie sämtliche Installationsmaterialien  
kauft zu höchsten Tagespreisen  
**A. Meigners, Alexanderstr. 30.**  
Telefon: Alexander 3174

### Neues bei Reclam

Verlangen Sie die Bücher in Ihrer Buchhandlung

**Karl Marx** (Kleinveröffentlichung) und Kapital. - Zur Jubiläumfrage und andere Schriften aus der Frühzeit. Ausgewählt und eingeleitet von E. Brahm. Untertitel: Nr. 6068/69, 128 Seiten. Gebunden M. 1,50. - Wer keine Möglichkeit hat, den ganzen Marx durchzuarbeiten, findet in dieser Auswahl das Wesentliche des großen Denkers verhältnismäßig zusammengefaßt.

**Ferd. Lassalle** Arbeiterprogramm. Mit einer Einleitung von Dr. S. Heller. Universal-Bibliothek Nr. 6048. 72 Seiten. Gebunden M. 1,50. - Das „Fabelbuch der Arbeiterklasse“ in einer billigen Ausgabe, eingeleitet von einer glänzenden geschriebenen Würdigung Lassalles und seiner Zeit.

### Reichsverfassung

vom 11. August 1914. Ausgabe mit ausführl. Sachregister. Untertitel: Nr. 6051, 75 S. Gebunden M. 1,50. - Ausgabe mit dem Ergänzungsgesetzen Nr. 6064/65. 112 Seiten. Gebunden M. 1,50. - Die Reichsverfassung ist ein Buch, das ein jeder kennen muß.

In Vorbereitung:  
**Betriebsrätegesetz**  
Rechtlich unmittelbar nach der Verabschiedung. Gebunden etwa 65 Pfg.

### Wertvolle Bücher

zur Belehrung u. Unterhaltung dieser Reclams Universal-Bibliothek in tausendfältiger Auswahl. Der langen Bibliothek eine Postkarte Verzeichnis umsonst vom Verlag Philipp Reclam jun. Leipzig. Inleiste.

Reclams Universal-Bibliothek ist ein Werk, auf das Deutschland stolz sein darf. August Bebel.

### Juwelen

Platin, Gold, Silber  
**kauf zu hohem Preis**

Goldwaren-Fabrik  
**J. Weinstock G. m. b. H.**  
Berlin, Mohrenstr. 16  
am Unterz.-Bh. Friedl. Str.

### Uhren

**Platina, Gramm 126,- Mk.**  
Mithring von höheren Annonen erhalten Ueberpreis  
**Gold, Silber, Platin-Zähne** nicht unter 7,50 Mk.  
kauft  
**Frau Knuth, Zionskirchstraße 54.** vorm. A.

### Schönes und reines Gesicht

erhalten Sie in kurzer Zeit durch meine Spezialmethode Sommerprossen, Pickel, Mitesser, Leberflecke, Warzen, Gesichts- und Nasenrötten, lästige Haare, schlechter Teufel, verhornte Haut. Auf Wunsch Blutreinigung.

**G. Weissert, Invalidenstrasse 147 I, Ecke Bergstrasse**  
Viele Jahre in Kliniken und Krankenhäusern tätig.  
Vorname: 401-10-12-4-8. Sonntags 10-12. Auskünfte



